

Liebe Ollersdorferinnen, liebe Ollersdorfer!

Wir möchten Sie – wie gewohnt - über die wichtigsten Punkte aus der Gemeinderatssitzung vom 5. Februar 2026 informieren.

Im Widerspruch zu den aktuellen Temperaturen, ging es in Bezug auf die Berichterstattung aus Ollersdorf in den letzten Tagen und Wochen überaus hitzig zur Sache.

Daher möchten wir Sie zum Thema Auszahlung der Gehälter und dem politisch inszenierten Versuch der Schuldzuweisung an uns SPÖ Gemeinderäte umfassend informieren und klar Stellung beziehen. Eines gleich vorweg. Die Rechtslage ist eindeutig und lässt keinen Interpretationsspielraum zu, auch wenn sie von Seiten des Bürgermeisters bewusst ignoriert und anders dargestellt wird. Für uns SPÖ GemeinderätInnen ist es peinlich, dass wir - dank Bürgermeister Strobl – inzwischen als rechtlich einzigartiger Problemfall in Österreich gelten. Wir glauben an den gemeinsamen Weg aller Gebietskörperschaften. Ollersdorf darf nicht durch politisches Kalkül des Bürgermeisters und ÖVP Klubobmanns Strobl isoliert werden!

Ein politisches Trauerspiel auf Kosten der Gemeinde

Wir fassen die Ereignisse rund um die am 30. Dezember 2025 nicht stattgefundenene Sitzung zusammen – siehe nachstehende Chronologie. Und halten klar und deutlich fest, dass das von Bürgermeister und Klubobmann Strobl inszenierte Vorgehen, ein politisches Trauerspiel aus Machtmissbrauch, Verantwortungslosigkeit und persönlicher Rachsucht darstellte – ein Vorgehen, mit dem eine klare Grenze – menschlich wie politisch – überschritten wurde.

1. **Bewusste Eskalation**

Bürgermeister Strobl ignoriert bewusst einen GR-Beschluss, die Budgetsitzung bereits vor Weihnachten abzuhalten. Er setzt die Sitzung wieder zwischen Weihnachten und Neujahr an. Dieses Vorgehen zeugt von mangelndem Respekt gegenüber dem Gemeinderat. Außerdem ignoriert er damit auch die Bestimmung der GemO, die besagt, dass ein Sitzungstermin so zu wählen ist, dass möglichst alle GR an der Sitzung teilnehmen können.

2. **Politische Rache statt Sachpolitik**

Nach dem Scheitern der Sitzung startet Strobl einen politischen Rachefeldzug gegen die SPÖ und unterstellt ihr Arbeitsverweigerung.

3. **Erpressung statt Verantwortung**

Zunächst droht er mit dem Aus für das Mannschaftstransportfahrzeug der Feuerwehr sowie der Theaterbühne für den Theaterverein. Er schreckt sogar nicht zurück, die Gemeindebediensteten als Druckmittel zu missbrauchen.

4. Gehälter bewusst zurückgehalten

Trotz klarer rechtlicher Verpflichtung und schriftlicher Aufforderung seitens der Landesbehörden verweigerte Strobl zunächst die Auszahlung der Gehälter. Letztlich überwies er die ausstehenden Beträge dennoch, jedoch nicht vom Gemeindegkonto, sondern von seinem Privatkonto. Auch GV Mario Hofer und Vzbgm. Tanja Illedits erhielten ihr Gehalt von Bernd Strobl. Beiden haben sich jedoch sofort entschlossen, dieses zurückzuzahlen. Denn ihr Dienstgeber ist die Gemeinde Ollersdorf und nicht eine Privatperson namens Bernd Strobl.

5. Gemeindebedienstete als Opfer

Unschuldige Mitarbeiter mussten für ein politisches Machtspiel büßen – ein moralischer Tiefpunkt.

6. Blockade als Methode

Fünf Wochen lang wurde seitens des Bürgermeisters keine neue Sitzung einberufen, um die leidige und durchaus auch peinliche Angelegenheit zu bereinigen – warum? Dafür gibt es nur eine Erklärung: Politisches Kalkül. Probleme wurden bewusst verschleppt.

Statt rasch eine Sitzung einzuberufen, fuhr der Bürgermeister auf Urlaub ins Ausland. Den Gemeinderäten wollte er Urlaub in der Weihnachtszeit jedoch nicht zugestehen und berief die wichtige Budgetsitzung ein – mit der Begründung, dass man, wenn man ein solches Amt übernimmt, anwesend sein und zur Verfügung stehen müsse.

Gilt das also nur für alle anderen, aber nicht für den Bürgermeister selbst? Dieses Verhalten zeigt einmal mehr, den fehlenden Lösungswillen und die Welt des Bernd Strobl.

7. Landesbehörden prüfen Vorgänge

Angesichts der jüngsten Geschehnisse sind nun auch die zuständigen Landesbehörden aktiv geworden. Sie prüfen derzeit die Vorgänge. Das Ergebnis dieser Prüfung ist noch offen.

8. Wichtige Fragen zur Gehaltsauszahlung: Antwort leider keine

Um noch vor Vorliegen des Prüfergebnisses Klarheit zu schaffen, richtete Vzbgm. Illedits folgende Anfrage an den Bürgermeister: Was ist das für ein Beleg, der im *Kurier* abgebildet wurde? Warum wurden die Gehälter vom Privatkonto und nicht vom Gemeindegkonto überwiesen? Wie gelangte der Bürgermeister zu den Kontonummern der Gemeindebediensteten? Wurden die Sozialversicherungsbeiträge bereits bezahlt? Wann werden die Gehälter für Februar 2026 überwiesen? Der Bürgermeister verwies lediglich darauf, dass die Beantwortung in der nächstfolgenden Gemeinderatssitzung erfolgen werde.

9. Gesamturteil

So handelt kein Bürgermeister – so handelt jemand, der Macht über Verantwortung stellt.

Dieses Vorgehen ist politisch letztklassig, rechtlich bedenklich – in ganz Österreich einzigartig - und menschlich untragbar.

SPÖ stimmt Voranschlag 2026 nicht zu. Warum?

Zum ersten Mal seit vielen Jahren weist das Gemeindebudget 2026 wieder ein positives Ergebnis von € +59.000 auf. Der Grund dafür ist – wie vom Bgm selbst in seinem Kommentar angeführt – dass das Gehalt des teuersten Mitarbeiters (€ 110.000 für den Amtmann Strobl) aufgrund seiner Dienstfreistellung weggefallen ist. Wer hat aber nichts davon? Die Ollersdorferinnen und Ollersdorfer!

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum das zweite Jahr in Folge weder

- **Vereinsförderungen (Kosten von rd. € 8.000) noch**
- **Sozial- und Umweltförderungen (Kosten von rd. € 21.000)**

ausbezahlt werden sollen! Einen wirtschaftlichen Hintergrund dafür gibt es nicht. Vielmehr dürften parteipolitisch motivierte Überlegungen dafür ausschlaggebend sein.

Darüber hinaus hat die ÖVP-Mehrheit auch noch zahlreiche Gebührenerhöhungen beschlossen.

Unter anderem

- Wasserbezugsgebühr,
- Kanalbenützungsg Gebühr,
- Grabstellen- oder Leichenhallengebühr.

Gespart wird immer nur bei den anderen

- ✓ Während immer nur auf dem Rücken der anderen gespart wird, besteht dazu im eigenen Verantwortungsbereich Null Bereitschaft. Im Gegenteil, trotz geringerem Verwaltungsaufwand, dank zunehmender Digitalisierung und dem Wegfall von Förderanträgen – wird ein zusätzlicher Gemeindemitarbeiter im Innendienst eingestellt.
- ✓ Der Bürgermeister, der ständig das Land und den Landeshauptmann kritisiert, hat sein eigenes Gehalt und das des Kassiers lt. Voranschlag um 7 % erhöht! Zum Vergleich hat sich die Landespolitik das zweite Jahr in Folge eine Null-Lohnrunde auferlegt und die Bezüge der Gemeindevandatare werden ab 1. Jänner 2026 lediglich um 2,7 Prozent angehoben.
- ✓ Sieht so eine verantwortungsvolle und faire Gemeindepolitik aus?

Kurz gesagt!

Wenn es finanziell wieder Spielraum gibt, dann sollte dieser zuerst bei den Vereinen, Familien und all jenen ankommen, die unser Ortsleben tragen – und nicht nur in Form von höheren Gebühren und zusätzlichen Gemeindemitarbeitern spürbar sein.

Neuer Biotop-Standort – ÖVP lehnt gemeinsame Lösung ab

Wir haben bereits berichtet, dass auf dem Gemeindegrundstück gegenüber dem ehem. Kaufhaus Peischl ein Biotop (zu 100% gefördert) errichtet werden soll. Wir halten diesen Standort – einen stark frequentierten Bereich in unmittelbarer Nähe eines Gewerbegebietes – allerdings für völlig ungeeignet.

Darum haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht, um den Standort des Biotops gemeinsam im Gemeinderat zu diskutieren. Wir wollen den bestmöglichen Standort für dieses Naturprojekt. Und die Gemeinde verfügt aus unserer Sicht über Flächen, die sich dafür wesentlich besser eignen würden: ruhiger, naturnaher, sicherer.

Bürgermeister und ÖVP-Gemeinderäte lehnten unseren Vorschlag ab und führen ihre Blockadehaltung, gemeinsam für Ollersdorf zu arbeiten, fort. Schade!

Folgende Punkte wurden einstimmig gefasst

- Ankauf Theaterbühne
- Ankauf eines Mannschaftstransportfahrzeugs für die Feuerwehr
- Aufnahme von einer Mitarbeiterin im Außendienst und einer Raumpflegerin

Weitere wichtige Themen und aktuelle Fragestellungen

➤ **Aufnahme eines neuen Mitarbeiters in der Verwaltung**

In Ollersdorf gibt es neben dem dienstfreigestellten und dem im Amt befindlichen Amtmann künftig auch noch einen in Ausbildung befindlichen Amtmann. Ob das in Sparzeiten und in einer Gemeinde mit knapp 1.000 Einwohner wirklich notwendig ist?

➤ **Schlecht funktionierender Winterdienst und Salzstreuung auf Gemeindestraßen**

Mehrere Bürgerinnen und Bürger haben heuer wieder Rückmeldungen zu mangelnder Räumung und Streuung gegeben. In Erinnerung an vergangene blitzeis- und schneegeplagte Jahre ohne zureichende Räumung erfolgte auch heuer auf einigen Gemeindestraßen keine Schneeräumung, obwohl es wiederholt mehrere Zentimeter geschneit hat. Während die umliegenden Gemeinden in diversen Medien für den perfekt organisierten Winterdienst gelobt wurden, musste man in Ollersdorf in manchen Ortsteilen um Hals und Beinbruch fürchten. Wir fordern einen transparenten Plan: Zuständigkeiten, Einsatzzeiten, Prioritäten – damit alle Ortsteile sicher erreichbar sind.

➤ **Bedarfszuweisung für Zerwirkraum sorgt für Diskussion**

Der neu errichtete Zerwirkraum der Jagdgesellschaft Ollersdorf ist Thema im Gemeinderat. Hintergrund der Diskussion ist, dass eine vom Land gewährte Bedarfszuweisung in Höhe von 3.000 Euro bisher nicht an die Jagdgesellschaft weitergeleitet wurde.

Nachdem der bisherige Zerwirkraum nach der Schließung des Gasthauses Holper nicht mehr genutzt werden konnte, errichtete die Jagdgesellschaft auf einem Gemeindegrundstück einen neuen Zerwirkraum in Containerbauweise. Die Projektkosten von rund 27.000 Euro wurden vollständig von der Jagdgesellschaft getragen. Seitens der Gemeinde wurden Unterstützungsleistungen – etwa bei der Herstellung der Bodenplatte sowie bei Wasser- und Abwasseranschlüssen – im Umfang von rund 4.800 Euro erbracht.

Um das Projekt zusätzlich zu unterstützen, stellte Vzbgm. Tanja Illedits nach Fertigstellung einen Antrag auf eine Bedarfszuweisung des Landes, woraufhin eine Förderung in Höhe von 3.000 Euro zugesprochen und im Juli 2025 an die Gemeinde überwiesen wurde. Bis heute wurde dieser Betrag jedoch nicht an die Jagdgesellschaft ausbezahlt!

Für Vzbgm. Illedits ist die Situation eindeutig: Die Jagdgesellschaft hat das Projekt finanziert, daher muss die Förderung auch an sie weitergeleitet werden. Dass die Auszahlung bislang verweigert wird, ist aus ihrer Sicht nicht nachvollziehbar und ein völlig falsches Signal gegenüber den Vereinen, die mit großem ehrenamtlichem Engagement wichtige Leistungen für die Gemeinde erbringen.

Unser Ziel ist keine Dauerfehde, sondern eine Gemeinde, die gut funktioniert und für alle da ist, geprägt von einem respektvollen Umgang miteinander, insbesondere gegenüber den Gemeindebediensteten und den Vereinen.“

Ihre Vizebürgermeisterin Tanja Illedits & das SPÖ Team